

Ulrich Lappenküper

„Stoff der Geschichte“

Helmut Kohl:
*Berichte zur Lage
1989–1998. Der Kanzler
und Parteivorsitzende
im Bundesvorstand der
CDU Deutschlands,*
bearbeitet von Günter
Buchstab und Hans-Otto
Kleinmann, *Forschungen
und Quellen zur Zeitge-
schichte, im Auftrag der
Konrad-Adenauer-Stif-
tung herausgegeben von
Günter Buchstab, Klaus
Gotto, Hans Günter
Hockerts, Hanns Jürgen
Küsters, Rudolf Morsey,
Hans-Peter Schwarz,*
Band 64, Droste Verlag,
Düsseldorf 2012, 1150
Seiten, 69,00 Euro.

Die jüngsten Besuche des Altbundeskanzlers Helmut Kohl im Konrad-Adenauer-Haus und in der CDU-Bundestagsfraktion haben eindringlich in Erinnerung gerufen, welche große Bedeutung der Kanzler Helmut Kohl seiner Partei zumaß. Besondere Aufmerksamkeit schenkte er dem Bundesvorstand der CDU. Die nicht selten mehrere Stun-

den dauernden Sitzungen dieses „erste[n] Führungsgremium[s]“ leitete Kohl – wie schon zu Zeiten Konrad Adenauers üblich – mit Berichten zur politischen Lage ein, die von der Konrad-Adenauer-Stiftung nun für den Zeitraum von Oktober 1989 bis November 1998 in einer hochspannenden Edition vor dem Ablauf archivarischer Benutzungsfristen der Öffentlichkeit vorgelegt werden. Grundlage des von Günter Buchstab und Hans-Otto Kleinmann kompetent und sorgfältig bearbeiteten Textcorpus der insgesamt 113 Sitzungen sind die im Archiv für Christlich-Demokratische Politik in Sankt Augustin überlieferten Tonmitschnitte, in einzelnen Fällen auch die Ergebnisprotokolle. Das mit über 1100 Seiten wahrlich gewichtige Werk wirft ein helles Licht auf Kohls Führungsstil, der zwischen den Rollen des „ganzheitlich“ denkenden Staatsmannes und des mitunter zuchtmeisterlich auftretenden Parteivorsitzenden oszillierte. Es dokumen-

tiert den „Marathonlauf“ seines von Wahlterminen bestimmten politischen Alltags, beleuchtet die Rolle der CDU in seinem politischen Handeln wie auch ihr Verhältnis zu anderen politischen Kräften und spiegelt die Entwicklung der Innen- und Außenpolitik von der friedlichen Revolution in der DDR 1989 bis zum Rücktritt Kohls als Parteivorsitzender 1998 wider. Arcana aus der großen Politik oder der Parteiführung sucht der Leser vergeblich.

Mobilisierung der Anhänger

Da Kohl die Sitzungen des Bundesvorstandes dazu benutzte, „gemeinsam die Politik unserer Partei [zu] diskutieren und [zu] entscheiden“, dienten seine in der Regel frei und rhetorisch eher schmucklos gehaltenen Lageberichte, wie die Bearbeiter in ihrer lesenswerten Einleitung betonen, vornehmlich der „Motivierung und Mobilisierung der Parteilite im Sinn der Regierungspolitik“. Die Berichte, meist

nur grob in die Abschnitte Außen-, Innenpolitik und Parteiarbeit gegliedert, lassen einen Politiker erkennen, der bei allem machtpolitischen Ehrgeiz von seiner Partei „eine Politik mit menschlichem Gesicht“ einforderte und die Diskussion über „Wertordnung und Tugenden“ ebenso zum „Gesamtumriß“ seines Wirkens zählte wie das Bekenntnis zur geschichtlichen Verantwortung.

Dem Regierungspartner FDP stand Kohl durchaus ambivalent gegenüber. Einerseits schätzte er die politische Ehe mit den Liberalen als unverzichtbar ein, andererseits lediglich als eine „Vernunftkoalition, keine Liebesgeschichte“. Auf entschiedene Abgrenzung setzte er in Bezug auf die Rechtsparteien, mahnte aber gleichzeitig dazu, deren Wählerschaft nicht aus den Augen zu verlieren. In den Grünen sah er eine „klassische Zeitgeistpartei“, mit der koalitionäre Gedankenspiele zu betreiben er als das „Allerdümmste“ brandmarkte. Auch gegenüber der SPD verbat er sich jegliche Bündniserwägungen. „Mit einer großen Koalition [...] bringen Sie nicht ein einziges Problem der Bundesrepublik auf eine gute Schiene“, schrieb er dem Bundesvorstand Anfang 1996 ins Stammbuch.

Die Sozialdemokratie war für ihn der politische „Hauptgegner“, den es zu bekämpfen galt. Freilich nach den Spielregeln der parlamentarischen Demokratie, denn wenngleich die Bundesrepublik für Kohl „nie eine Konsensdemokratie“ war, durfte der politische Wettstreit auf keinen Fall zum „Freund-Feind-Verhältnis“ verkommen. Ausdrücklich beklagte er, in innen- wie außenpolitischen Grundfragen „allein“ gelassen zu werden, wozu wohl auch die von ihm vielfach monierte „Medienwand“ beitrug – „bei ARD mehr als beim ZDF, bei RTL mehr als bei SAT 1“.

Vielsagende Anekdoten

Kohls Lageberichte halten neben diesen grundlegenden Bekenntnissen manch interessanten Einzelfundparat: seine „nur beiläufig“ in der Sitzung vom 27. August 1990 vorgenommene Anregung, den 3. Oktober zum „Nationalfeiertag der Deutschen“ zu proklamieren; die Mahnung, „im Blick auf die Vision einer multikulturellen Gesellschaft [...] die Realität der Wähler in Deutschland zur Kenntnis [zu] nehmen“; seine tiefe Beunruhigung über die Veränderung des Klimas; sein nachhaltiges Eintreten für die Förderung von

Frauen „in der Partei und der Gesellschaft“; sein energisches Plädoyer für „kraftvolle, handlungsfähige Unternehmerverbände und kraftvolle, handlungsfähige Gewerkschaften“; die Enthüllung seines „größten Streit[s]“ mit US-Präsident Reagan anlässlich der „völlig ungerechtfertigt[en] Kampagne“ gegen den österreichischen Präsidenten Waldheim 1986.

Die Lageberichte bieten freilich weit mehr als verstreute Trouvaillen; sie erlauben die, Kohl'sche Politik in einem Jahrzehnt des säkularen Umbruchs nachzuvollziehen, beginnend mit der dramatischen Entwicklung vom Herbst 1989. Vertrat er bis zum Berliner Mauerfall am 9. November eine Politik des „vernünftigen Abwarten[s]“, verfolgte er nach dem Jahreswechsel das doppelte Ziel, die DDR in ihrem Transformationsprozess zu unterstützen und die „innerdeutsche Entwicklung“ in Richtung auf die staatliche Einheit zu forcieren. Mit wachsender Sorge musste Kohl zur Kenntnis nehmen, dass sein „radikal[er] Weg“ innenpolitisch nicht nur auf Zustimmung stieß. „Wir sind schon ein eigenartiges Land“, wetterte er im Januar 1990. „Die ganze Zeit haben wir ‚Einigkeit und Recht und Freiheit‘ gesun-

gen und die Fahne geschwungen, [...], und jetzt hat es der liebe Gott [...] gut mit uns gemeint, jetzt ist das Tor da, jetzt müssen wir gehen und jetzt zucken wir zusammen.“

Auch bei den westlichen Partnern fiel die Reaktion auf seinen Kurs nicht eben günstig aus. Als „Freund unseres Landes“ erwies sich allein der amerikanische Präsident George Bush; „ungemein nützlich“ agierte auch EG-Kommissionspräsident Jacques Delors. Kohls langjähriger Weggefährte François Mitterrand legte demgegenüber eine „Nachdenklichkeitspause“ ein, wobei Kohl ihn im Bundesvorstand erstaunlich pfleglich behandelte.

Wagemut wird belohnt

Je mehr der Kanzler den Eindruck gewann, dass das internationale Klima „nicht für uns arbeitet“ und die „friedliche Revolution“ einem Punkt entgegensteuerte, „wo die Friedlichkeit ausbleiben kann“, desto stärker drückte er in dem sich überstürzenden Prozess der deutschen Einheit auf das Gaspedal. In engem Schulterschluss mit den USA und mit intensiver Kontaktpflege zur Sowjetunion, die er als „Schlüssel“ zur Einheit begriff, drängte er auf einen ra-

schen Abschluss der Zwei-plus-vier-Mächte-Konferenz. Seit den erfolgreich bestrittenen DDR-Volkskammerwahlen wandte sich Kohl außerdem wieder verstärkt der Debatte über die europäische Einigung zu, da „die Zukunft Deutschlands, der Wiedervereinigung Deutschlands“ nur „in Europa“ liegen konnte. Als die deutsche Einheit mit der Eröffnung der beiden Konferenzen zur Gründung einer europäischen Wirtschafts- und Währungs- sowie einer politischen Union zusammenfiel, wählte er die „Sehnsüchte und Visionen“ der Gründermütter und -väter der Bundesrepublik erfüllt.

Nach den Bundestagswahlen Ende 1990 warnte der im Amt glänzend bestätigte Kanzler seine Partei vor jeglicher „Hybris“ und bereitete sie auf die fundamentale Aufgabe einer Absicherung der deutschen Einheit nach innen wie nach außen vor. Als größtes Problem schätzte er zunächst die Beachtung der „enormen mentalen und psychologischen Unterschiede zwischen West und Ost“ sowie die Bekämpfung des „Krebsgeschwür[s]“ der Stasi-Vergangenheit ein. Im Zentrum seiner Agenda standen die Privatisierung der maroden Staatsunternehmen, die Deregulierung

des Arbeitsmarktes, die Asylantenproblematik sowie Fragen der Bildungs-, Medien- und Energiepolitik. Der anfängliche Versuch der Bundesregierung, die Kosten der deutschen Einheit „ohne Steuererhöhungen“ mittels „Krediterhöhungen“ und Umschichtungen ohne „Tabu“ zu schultern, erwies sich, wie Kohl im September 1996 offen eingestand, als „Fehler“. Nach dem Vereinigungsboom geriet die Wirtschaft 1992/93 in eine tiefe Rezession. Um den „Standort Deutschland“ zukunftsfest zu machen, sah sich Kohl zu einer Modernisierung des Sozialstaats genötigt, wobei er großen Wert auf eine Balance zwischen marktwirtschaftlichen und sozialen Positionen legte. Mit einer Kopie des „Thatcherismus“ oder von „Reagans Economics“, dessen zeigte er sich sicher, würde die Bundesrepublik „baden“ gehen. Nach dem knappen Sieg in der „Richtungswahl“ 1994 setzte er den Kampf gegen die Strukturprobleme fort, wobei die beiden wichtigsten Projekte, die Gesundheitsreform und die Rentenreform, im Bundesrat scheiterten.

Die Zukunft liegt in Europa

So hoch Kohl auch die innenpolitischen Themen

einstufte, das „Schicksal“ Deutschlands und „die Zukunft der Nation“ entschieden sich seines Erachtens in gleichsam Bismarck'scher Tradition in der Außenpolitik. Bei aller Notwendigkeit zur Kontinuität zwang die Zeitenwende des Jahres 1990 zu Neujustierungen, und das hieß konkret: Fortsetzung der Einbindung in multilaterale Strukturen und Wahrnehmung einer internationalen „Führungsfunktion“. Mehrfach warnte Kohl den Bundesvorstand vor der „Verprovinzialisierung der deutschen Politik“ und dem Irrglauben, dass „die Straße von Rodalben nach Kaiserslautern der Nabel der Welt“ sei. „Wir müssen unseren Beitrag leisten“, rief er den Parteifreunden im Juni 1995 eindringlich ins Gewissen. „Wir müssen.“

Um die Bundesrepublik vor dem Hintergrund der militärischen Konflikte von Jugoslawien bis nach Kambodscha „international handlungsfähig zu machen“, pochte Kohl auf eine Verfassungsänderung, die es ihr erlauben sollte, sich an Militäreinsätzen außerhalb des NATO-Gebiets zu beteiligen. Da der internationale Ruf nach mehr Verantwortung nicht selten mit „Angst“ vor dem geeinten Deutschland unterfüttert war, verschrieb sich Kohl

parallel dazu der Einigung Europas in Richtung auf einen „demokratischen europäischen Bundesstaat“. Der „Bau des europäischen Hauses unter irreversibler Einbindung des mit Abstand stärksten Landes, Deutschland“ war für ihn nicht weniger als eine „Frage von Frieden oder Krieg im 21. Jahrhundert“.

Deutschland braucht Frankreich

Ohne damit eine außenpolitische Option zugunsten Frankreichs zu treffen, konnte die Einigung seines Erachtens nur mithilfe der deutsch-französischen Entente gelingen. Doch der bilaterale „Motor“ lief keineswegs störungsfrei. Insbesondere in der Debatte über die politische Union befand sich die Bundesrepublik, wie Kohl im August 1991 einräumte, „in einer Minderheitsposition“. Obwohl er dieses Ziel auch im Maastrichter Vertrag 1992 bekanntlich nicht erreichte, hielt er an der Überzeugung fest, dass sich eine Wirtschaftsunion ohne politische Union „auf die Dauer nicht durchsetzen“ könne. Mit Verve kämpfte er überdies für die Norderweiterung der EU, für den Aufbau einer „eigene[n] Verteidigungsmacht“ und die Einhaltung der in Maastricht

fixierten Konvergenzkriterien.

Gänzlich ins Stottern geriet der deutsch-französische Motor nach dem Rücktritt Mitterrands 1995, da dessen Nachfolger Jacques Chirac offenbar eher „nationalen Geschäfte[n]“ nachzugehen beabsichtigte. Große Bedeutung bekamen für Kohl daher der luxemburgische Ministerpräsident Jean-Claude Juncker und der niederländische Regierungschef Wim Kok, der zwar als Sozialist das falsche Parteibuch besaß, dessen „exzellente Arbeit“ als EU-Ratspräsident 1997 ihn aber umso mehr beeindruckte, als in diesem „Schlüsseljahr für die europäische Einigung“ die Überprüfungskonferenz zum Maastricht-Vertrag abgeschlossen und die Osterweiterung der EU in Angriff genommen wurde. Dass Kohl bei seinem steten Credo von der europäischen Solidarität nationale Ambitionen nicht aus dem Auge verlor, verdeutlichte sein Auftreten auf dem Amsterdamer EU-Gipfel, als er die Debatte über eine etwaige Aufgabe des Einstimmigkeitsprinzips bis an die „Bruchkante“ trieb, da er die hochbrisante Asylantenfrage nicht vom Europäischen Rat entschieden sehen wollte. Auch die Durchsetzung des „tiefenpsycholo-

gisch und ökonomisch“ unabdingbaren Stabilitätspakts und der Entscheidung zugunsten Frankfurts als Sitz der Europäischen Zentralbank belegt, dass der Kanzler europapolitisch sehr wohl zur Durchsetzung „deutscher Interessen“ willens war.

Das Ende gelangt in Sicht

Nach dem Jahreswechsel 1997/98 wurden seine Ausführungen über die Europapolitik in den Lageberichten mehr und mehr von Erklärungen zu den nahenden Bundestagswahlen in den Hintergrund gedrängt. Je näher der Termin rückte, desto

vehement er rief Kohl zur „Generalmobilmachung der Partei“ auf und wehrte sich einmal mehr gegen „das Geschwätz über das Thema große Koalition“. Den Sieg hielt er für möglich, „wenn wir es nur selbst wollen“. Doch der Erfolg blieb aus. Sechs Wochen nach dem Verlust der Kanzlerschaft legte Kohl auch das Amt des Parteivorsitzenden nieder. Seine Bilanz im Bundesvorstand fiel erstaunlich knapp, wenn gleich nicht unzufrieden aus: „Wir haben viel geschafft.“

Der „Stoff der Geschichte“, so behauptet die Mediävistin Olga

Orestowna in Alexander Solschenizyns Roman *August Vierzehn*, sind „nicht die Ansichten, sondern die Quellen“. Die von Günter Buchstab und Hans-Otto Kleinmann durch eine „bewußt sparsam gehaltene“ Kommentierung erschlossene, mit Personen- und Sachregister ausgestattete Edition stellt eine unverzichtbare Quelle zur Geschichte der Ära Kohl und der Frühgeschichte des wiedervereinigten Deutschlands dar. Es bleibt zu hoffen, dass die Konrad-Adenauer-Stiftung die Edition der Lageberichte der Jahre 1982 bis 1989 baldmöglichst anschließt.

Europäisches Dach für das Haus Deutschland

„Das Haus Deutschland, unser Haus, muss unter einem europäischen Dach gebaut werden. Das muss Ziel unserer Politik sein.“

Helmut Kohl in seiner Rede vor der Dresdner Frauenkirche am 19. Dezember 1989.